Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 18. Januar 2011
Ausgabe 011
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› „Bürgerforum Altenpflege“ im Alten Rathaus 4
› Ideenwettbewerb zur digitalen Bürgerbeteilung geht in die nächste Phase 4
› Lange Nacht der Architektur – Führungen in der Rathausgalerie 5
› Bauzentrum beteiligt sich an der Langen Nacht der Architektur 6
› Neues Quartalsheft der „Münchner Statistik“ erschienen 7
› Reihe „FilmWeltWirtschaft“ im Filmmuseum 7
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 14. bis 17. Januar 8
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› Kreisversammlung der Partei Bündnis 90/Die Grünen aus dem Landkreis München in Fraktionsräumen im Münchner Rathaus 10
› „Nach der Arbeit steig`i mit die Ski, in die U-Bahn und begeb´mi, nicht nach Schladming – sondern nach Fröttmaning.“ Was haben die Prüfungen zum Skiberg ergeben? 14
› Langsames Sterben der Verkaufskioske für MVV-Tickets oder wo bekomme ich noch eine Streifenkarte? 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **19**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 19. Januar, 9.15 Uhr,
Burgstraße 4, 3. Stock, Besprechungsraum 300
Sitzung des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt München.

Wiederholung
Mittwoch, 19. Januar, 15 Uhr, Rathaus, Zimmer 203
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht Harry Beyer die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber. Die Auszeichnung wird Beyer in Anerkennung seiner umfangreichen Leihgaben an das Jüdische Museum der Stadt verliehen.

Mittwoch, 19. Januar, 19 Uhr, Katholische Akademie, Mandlstraße 23
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Eröffnung der Ausstellung „Gabor Benedek ‚Schwarz auf Weiß' – Politische Karikaturen aus vier Jahrzehnten". Begrüßung durch Dr. Florian Schuller, Akademiedirektor. Die Ausstellung ist vom 20. Januar bis 25. Februar jeweils von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Donnerstag, 20. Januar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet das erste „Bürgerforum Altenpflege". Anschließend findet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Pflegebedürftig werden ... häufige Probleme, hilfreiche Ideen und Lösungen" statt.
(Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 21. Januar, 13 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Bürgermeisterin Christine Strobl spricht zur Eröffnung des „MOGDy-Camps". Die Landeshauptstadt München sammelt gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Ideen zur digitalen Bürgerbeteiligung – in einer öffentlichen Veranstaltung, dem „MOGDy-Camp" am 21. und 22. Januar im Saal des Alten Rathauses, werden die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs, der seit 1. Dezember auf der Online-Plattform *www.muenchen.de/mogdy* läuft, zusammengetragen, diskutiert und die abschließende Liste mit Vorschlägen der Stadt übergeben. MOGDy steht für „Munich Open Government Day" beziehungsweise „Münchner Tag der Offenen Verwaltung".
(Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 21. Januar, 19 Uhr,
Arnulfpark, SkyGarden-Gelände, Bernhard-Wicki-Straße 8
Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet in seiner Funktion als Schirmherr im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung (Presse willkommen) die erste „Lange Nacht der Architektur". Der Architekt Hadi Teherani hält einen Vortrag zum Thema „Architektur als Marke".
Der nächtliche Streifzug durch die Münchner Architekturwelt steht nicht nur den Messebesuchern der BAU, aus deren Anlass die Messe München die „Lange Nacht der Architektur" ins Leben gerufen hat, sondern allen an Architektur interessierten Bürgerinnen und Bürgern gratis offen. Bis 24 Uhr verkehren Shuttlebuse zwischen mehr als 30 Gebäuden, die für dieses Event ein vielfältiges Programm bieten. Das vollständige Programm ist unter *www.lange-nacht-der-architektur.de* abrufbar. Presseanfragen: Johannes Manger und Andrea Hack, Telefon 9 49-2 06 30.
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 25. Januar, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

Dienstag, 25. Januar, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 25. Januar, 19.30 Uhr,
Pfarrsaal der Erlöserkirche, Germaniastraße 4 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

Dienstag, 25. Januar, 19 Uhr,
Taverne „Odyssee", Bad-Kreuther-Straße 8 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Meldungen

„Bürgerforum Altenpflege“ im Alten Rathaus

(18.1.2011) Oberbürgermeister Christian Ude und die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege laden zum ersten „Bürgerforum Altenpflege“ am 20. Januar von 18 bis 20 Uhr im Saal des Alten Rathauses ein. Die Stadt München bietet damit ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Forum, die vielfältigen Probleme zur Altenpflege weiterhin öffentlich mit Verantwortlichen zu diskutieren, nachdem Claus Fussek den Münchner Pflegestammtisch beendet hat. Die Altenpflege ist für Gesellschaft und Stadt ein wichtiges Zukunftsthema.
Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet die Veranstaltung mit einem Grußwort. Anschließend wird sich ein Podium von Betroffenen und Fachleuten mit dem Thema des ersten Bürgerforums „Pflegebedürftig werden ... häufige Probleme, hilfreiche Ideen und Lösungen“ auseinandersetzen. Es diskutieren Michael Getz, Sozialdienst Städtisches Klinikum Bogenhausen, Maria Isfort, Überleitungsfachkraft im St.-Josefs-Heim, Ursula Kiermaier, Leiterin der Diakoniestation Solln e.V., Dr. Dr. Franz Kreuzer, Internist und Hausarzt, Dr. Ursula Müller, Ärztin beim Medizinischen Dienst der Krankenkassen in Bayern, Karlheinz Seibusch, Angehöriger und rechtlicher Betreuer, Patrick Stepper, Pflegedienstleitung im Haus St. Josef der Münchenstift. Die Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, dazu ihre Anliegen vorzutragen und gemeinsam mit den Praktikern nach Wegen zur Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger alter Menschen zu suchen. Durch die Veranstaltung führt Kornelie Rahnema, die Leiterin der Beschwerdestelle. Die Ergebnisse und Antworten werden anschließend im Internet veröffentlicht: *www.muenchen.de/beschwerdestelle-altenpflege*

Ideenwettbewerb zur digitalen Bürgerbeteilung geht in die nächste Phase

(18.1.2011) Die Landeshauptstadt München sammelt gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Ideen zur digitalen Bürgerbeteiligung – in einer öffentlichen Veranstaltung, dem „MOGDy-Camp“ am 21. und 22. Januar im Saal des Alten Rathauses, werden die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs, der seit 1. Dezember auf der Online-Plattform *www.muenchen.de/mogdy* läuft, zusammengetragen, diskutiert und die abschließende Liste mit Vorschlägen der Stadt übergeben. Gleichzeitig fällt der Startschuss für die zweite Phase des Projekts MOGDy („Munich Open Government Day“ beziehungsweise „Münchner Tag der Offenen Verwaltung“), in der ein Pro-

grammierwettbewerb zu Apps aus Offenen Daten der Stadtverwaltung durchgeführt wird.
Das MOGDy-Camp findet am Freitag, 21. Januar, von 13 bis zirka 18 Uhr und am Samstag, 22. Januar, von 10 bis zirka 18 Uhr statt. Alle Bürgerinnen und Bürger, die am digitalen München interessiert sind, sind herzlich eingeladen. Neben spannenden Kurzvorträgen zu den Themen Verwaltungsöffnung (Open Government) und Open Data werden die eingereichten Ideen zur digitalen Zukunft Münchens in eine abschließende Form gebracht – und auch neue eingebracht. Ebenso können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programmierwettbewerbs erste Ideen mit Gleichgesinnten diskutieren und sich über die freigegebenen Daten austauschen. Bürgermeisterin Christine Strobl eröffnet das MOGDy-Camp am Freitag um 13 Uhr. Jeder Vor- und Nachmittag startet mit einem kurzen thematischen Vortrag. Danach finden parallele Workshops statt. Höhepunkte sind der Startschuss für den Programmierwettbewerb am Freitagnachmittag sowie die feierliche Übergabe der abschließenden Ideenliste und die Preisverleihung für die fünf besten Ideen am Samstagnachmittag. Das Programm zum MOGDy-Camp und die Einlasskarte sind im Internet unter *www.muenchen.de/mogdy* zu finden.
Das Projekt MOGDy soll Antworten auf folgende Fragen bringen:

- Welche Online-Dienstleistungen wünschen sich die Münchnerinnen und Münchner von ihrer Stadtverwaltung (eGovernment)?
- Welche Formen der digitalen Bürgerbeteiligung sollte die Stadt anbieten (eParticipation)?
- Welche nützlichen Programme könnte man aus dem öffentlich zugänglichen Datenfundus der Stadt erstellen (Apps aus Open Data)?

Die besten Vorschläge werden dem Stadtrat vorgelegt und fließen in die eGovernment-Planungen der Landeshauptstadt ein.

Lange Nacht der Architektur – Führungen in der Rathausgalerie
(18.1.2011) Am 21. Januar findet in München erstmalig die „Lange Nacht der Architektur“ statt. Ins Leben gerufen hat die „Lange Nacht der Architektur“ die Messe München anlässlich der Weltleitmesse BAU 2011. Zusammen mit dem Bauzentrum Poing, der Landeshauptstadt München, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, der Obersten Baubehörde, der Bayerischen Architektenkammer, dem Bund Deutscher Innenarchitekten, der Bayerischen Ingenieurkammer Bau sowie der Internetplattform muenchenarchitektur.com präsentiert die BAU 2011 unter dem Motto die „Zukunft des Bauens“ausgewählte Gebäude und Architekturhighlights. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Wahl zwischen drei verschiedenen Touren: zu Fuß durch die Innenstadt auf der „Flaniermeile“, mit

dem kostenlosen Shuttlebus rund um den Mittleren Ring auf der „Highlight-Tour“ oder zum Bauzentrum Poing und vorbei an herausragenden Bauwerken im Münchner Südosten. Vor Ort gibt es Führungen, Vorträge, Musik und Kulinarisches. Alle Veranstaltungen wie auch die Shuttlebusse sind kostenlos.
Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung lädt im Rahmen der „Langen Nacht der Architektur“ zu zwei Führungen und zum Gespräch über Denkmalschutz und Stadtgestalt in die Ausstellung „München: Ansichtssache?“ in die Rathausgalerie ein. Die Ausstellung hat bis 23 Uhr geöffnet, Eintritt und Führungen sind frei. Beginn der Führungen um 20 Uhr und um 21.30 Uhr. Zugang Rathausgalerie ab 19 Uhr nur über den Eingang Marienhof, Landschaftsstraße. Weitere Informationen im Internet unter *www.lange-nacht-der-architektur.de* und *www.zukunft-findet-stadt.de* sowie telefonisch beim PlanTreff unter 2 33-2 25 72 oder per E-Mail: plantreff@muenchen.de.

Bauzentrum beteiligt sich an der Langen Nacht der Architektur
(18.1.2011) Mit Führungen, Vorträgen und einem Abendforum beteiligt sich das Bauzentrum München in der Messestadt Riem (Willy-Brandt-Allee 10) an der „Langen Nacht der Architektur“ am Freitag, 21. Januar.
Unter dem Titel „Messestadt West“ können Besucherinnen und Besucher das Gebäude erkunden, in dem das Bauzentrum München seit Januar 2004 untergebracht ist. Errichtet wurde es von Bauherr Max Aicher und dem Büro Hild und K Architekten in siebenmonatiger Bauzeit. Das puristische Ausstellungs- und Veranstaltungsgebäude besticht durch seine Multifunktionalität. Im Bauzentrum München, das zum Referat für Gesundheit gehört, werden regelmäßig Beratungsangebote zu mehr als 60 Themen rund ums Bauen, Wohnen und Sanieren angeboten. Die „Lange Nacht der Architektur“ startet dort um 17.30 Uhr mit einer Führung von Architektin und Energieberaterin Natalie Neuhausen, die auch das nahe gelegene „Haus der Gegenwart“ bei einer Besichtigung erläutern wird. Von 17 bis 19 Uhr werden bei einem Abendforum drei Vorträge zum Thema „Holz – der ideale Baustoff, auch in der Großstadt“ angeboten. Architekt Michael Klingeisen wird von 20 Uhr an in das Thema „So wohnt man in Zukunft – gemeinschaftlich und barrierefrei“ zunächst im Bauzentrum einführen und danach die Genossenschaftswohnanlage wagnis3 mit barrierefrei erreichbaren Gemeinschaftseinrichtungen besichtigen.

Neues Quartalsheft der „Münchner Statistik“ erschienen

(18.1.2011) Der Hauptbeitrag des neuen Quartalshefts der Schriftenreihe „Münchner Statistik“ befasst sich mit den Münchner Pkw-Neuzulassungen der Jahre 2006 bis 2009. Wo und wann wurden in München die meisten Pkw neu zugelassen? Sind Männer oder Frauen, Jüngere oder Ältere aktiver, wenn es um den Erwerb eines neuen Autos geht? Pkw deutscher Hersteller wurden am häufigsten neu erworben – aber wer macht das Rennen in München-BMW oder VW? Welche Pkw waren gefragt – Kleinwagen, Mittelklassewagen oder eher die Oberklasse? Und welche Modelle? Wie hielten es die Münchnerinnen und Münchner bei der Farbauswahl – ist Weiß „in“? Wurden Benziner oder Dieselfahrzeuge bevorzugt? Mit wie viel PS fahren die „Neuen“ unter den Münchner Fahrzeugen? Die entsprechenden Ergebnisse finden sich in einer Untersuchung mit dem Thema „Meine Heimat mag ich sehr und deren Autos noch viel mehr: Deutsche Pkw-Hersteller marktführend – Die Entwicklung der Münchner Neuzulassungen in den Jahren 2006 bis 2009“.
Darüber hinaus beinhaltet das 2. Quartalsheft 2010 der Schriftenreihe „Münchner Statistik“ folgenden Beitrag: Das Münchner Wetter 2009 – Wieder zu warm, ansonsten recht unspektakulär.
Zu beziehen ist das Heft direkt beim Statistischen Amt München, Zimmer 105, Schwanthalerstr. 68, 80336 München, oder über Telefon 2 33-8 27 00, Fax 2 33-8 27 57, außerdem bei der Stadt-Information im Rathaus; die Schutzgebühr beträgt 5 Euro.

Reihe „FilmWeltWirtschaft“ im Filmmuseum

(18.1.2011) Vom 20. bis 23. Januar findet zum sechsten Mal die Reihe FilmWeltWirtschaft im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, statt, in Kooperation mit der Münchner Initiative CSR (Corporate Social Responsibility). Der diesjährige Schwerpunkt ist „Macht und Medien“: Es geht um Demokratie und Massenpsychologie, Noam Chomsky, Silvio Berlusconi, Naomi Klein, die Politaktivisten „Yes-Men“, einen nichtexistierenden Hypermarkt in Tschechien und um ein virtuelles Land, das politisch Stellung bezieht. Am Freitag um 18.30 Uhr wird das Thema „Greenwashing“ anhand von Filmbeispielen diskutiert.

- Donnerstag, 20. Januar, 19 Uhr: „Manufacturing Consent: Noam Chomsky and the Media“ („Die Konsensfabrik: Noam Chomsky und die Medien“, Kanada 1992, Mark Achbar, Peter Wintonick, 167 Minuten, Originalfassung mit Untertitel).
- Freitag, 21. Januar, 18.30 Uhr: „Breaking The News“, Kurzfilmprogramm mit Diskussion zur Rolle der Medien zwischen Verantwortung, Manipulation und Widerstand.

- Freitag, 21. Januar, 21 Uhr: „Regenzeiten", Deutschland 1997, Franz Winzentsen, drei Minuten. Aufklärerischer Trickfilm über das Phänomen des Regens, das sich vor allem in gebrauchten Filmkopien niederschlägt. „Videocracy", Schweden 2009, Regie: Erik Gandini, 85 Minuten, Originalfassung mit englischen Untertiteln.
- Samstag, 22. Januar, 18.30 Uhr: „The Shock Doctrine" („Die Schock-Strategie"), Großbritanien 2009, Regie: Michael Winterbottom, Matt Whitecross, nach dem Buch von Naomi Klein, 79 Minuten, Originalfassung.
- Samstag, 22. Januar, 21 Uhr: „Elevator World", USA 1999, Mitchell Rose, vier Minuten, Originalfassung mit Untertitel. „The Yes Men Fix The World" („Die Yes-Men regeln die Welt"), USA 2009, Andy Bichlbaum, Mike Bonnano, 87 Minuten, Originalfassung.
- Sonntag, 23. Januar, 18.30 Uhr: „8th Wonderland", Frankreich 2008, Regie: Nicholas Alberny, Jean Mach, Darsteller: Matthew Géczy, Robert William Bradford, Alain Azerot, Ahlima Mhamdi, 94 Minuten, Originalfassung mit Untertitel.
- Sonntag, 23. Januar, 21 Uhr: „Cesky Sen – Der tschechische Traum" (Tschechien 2004, Regie: Vit Klusak, Filip Rmunda, 87 Minuten, Originalfassung mit Untertitel).

Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Aufschlag bei Überlänge.
Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.
Pressefotos können auf Anfrage unter Telefon 2 33-2 05 38 gerne zugeschickt werden.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 14. bis 17. Januar

(18.1.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:

Freitag, 14. Januar:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro

Samstag, 15. Januar:

Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro

Sonntag, 16. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: - Fahrzeuge: -
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Bereitschaftstages: 30.791,80 Euro
Montag, 17. Januar:
Einsatzzahlen:
Personal: 19 Fahrzeuge: 11
Streuguteinsatz:
Salz: 3,6 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 37.660,46 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 15
Bisherige Einsatztage: 63
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 14.327.361,04 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 18. Januar 2011

Kreisversammlung der Partei Bündnis 90/Die Grünen aus dem Landkreis München in Fraktionsräumen im Münchner Rathaus
Anfrage Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) vom 11.11.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

In Ihrer Anfrage vom 11.11.2010 erwähnen Sie, dass einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 10. November 2010 als auch der Homepage des Kreisverbandes München-Land der Grünen zu entnehmen sei, dass offenbar regelmäßig in den Fraktionsräumen der Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Kreisversammlungen abgehalten werden.
Ihre Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Stadtrat Benker vom 24.11.2010 und 24.12.2010.

Für die von Ihnen eingeräumte zweimalige Fristverlängerung darf ich mich vorab bedanken.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Inwieweit ist es zutreffend, dass die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen regelmäßig dem Kreisverband München-Land ihrer Partei die Fraktionsräume im Rathaus München für Kreisversammlungen zur Verfügung stellt?

Antwort:
Auf der Homepage des Kreisverband München-Land der Grünen vom 11.11.2010 war die Tagesordnung für die Kreisversammlung der Grünen – Kreisverband München-Land am 10.11.2010 mit dem Tagungsort Rathaus München – Fraktionszimmer Bündnis 90/Die Grünen eingestellt. Bis 12.11.2010 fand sich auch darauf noch der Hinweis, dass „Kreisversammlungen jeden ersten Mittwoch im Monat um 20 Uhr im Rathaus München, Marienplatz, Zimmer 145 (außerhalb von Schulferien)“ stattfinden. Herr Stadtrat Benker hat selbst eingeräumt, dass am 10.11.2010 in den Fraktionsräumen eine Parteiveranstaltung stattgefunden hat.

Frage 2:
Wenn ja, seit wann und wie oft werden die Fraktionsräume von Bündnis 90/Die Grünen in dieser Form durch Dritte genutzt?

Antwort:
Herr Stadtrat Benker räumt in seinem Schreiben vom 24.12.2010 ein, dass sich „diese Art der Einladung wohl irgendwann im Nachgang der letzten Kommunalwahl 2008 eingebürgert" hat. Er geht davon aus, „dass diese Art der Einladung seit einem Jahr üblich war." Die Einladung durch Dritte in der falschen Form sei ohne Wissen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen geschehen.

Frage 2a:
Inwiefern liegt dazu eine offizielle Genehmigung vor?

Antwort:
Eine offizielle Genehmigung von Seiten der Stadt lag nie vor.

Frage 2b:
Wer hat zu diesen Veranstaltungen eingeladen?

Antwort:
Herr Stadtrat Benker führt in seinen Schreiben vom 24.11.2010 und 24.12.2010 hierzu aus:
„Durch die zentrale Lage unserer Fraktionsräume bieten und nutzen wir selber häufig die Gelegenheit, uns mit Mandatsträgern der Partei auf Bundes-, Landes-, und Gemeindeebene auszutauschen. Dazu findet auch ein reger Austausch mit den Mandatsträgern auf Kreistagsebene und mit Mitgliedern der Partei statt. ... Zu unserem Bedauern müssen wir eingestehen, nicht darauf geachtet zu haben, in welcher Form zu diesem Arbeitstreffen eingeladen wurde. War es für uns ein Arbeitstreffen mit Vertretern diverser politischer Ebenen, wurde hierzu ohne unser Wissen gleichzeitig zu einer Kreisversammlung eingeladen. Um jedes weitere Missverständnis auszuräumen, wurde dies von uns mit sofortiger Wirkung beendet. Einladungen zu Kreisversammlungen – auch wenn wir diese als reines Arbeitstreffen angesehen haben – wird es in unserer Fraktion nicht mehr geben. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Einladungen in unsere Fraktionsräume nur von uns ausgesprochen werden. Dass der Kreisverband München Land die Sitzung in unseren Räumen gleich als Kreisversamm-

lung bewirbt, war uns wie gesagt entgangen und soll nicht mehr geschehen."

Frage 3:
Inwieweit entspräche dies den gemäß Stadtratsbeschluss vom 02.07.2008 zugestandenen Möglichkeiten für Fraktionen, Gruppierungen und Ausschussgemeinschaften Räumlichkeiten des Rathauses zu nutzen?

Antwort:
Am 02.07.2008 hat die Vollversammlung des Stadtrats einstimmig über die Nutzung von Räumen im Rathaus durch Fraktionen und Gruppierungen beschlossen. Danach erfolgt eine Überlassung von Räumlichkeiten an Fraktionen, Gruppierungen und Ausschussgemeinschaften für ihre Arbeit als Teil des Stadtrats, also insbesondere zur Meinungsbildung im Vorfeld einer Beschlussfassung im Stadtrat und zu deren Vorbereitung. Eine parteipolitische Nutzung ist als unerlaubte Form der Parteienfinanzierung anzusehen und damit unzulässig.
Eine parteipolitische Nutzung liegt nach diesem Beschluss nicht vor, wenn die Fraktion zu Tagungen von Gremien oder Arbeitskreisen sowie zu Pressegesprächen mit anderen Politikern einladen und Fraktionsmitglieder daran teilnehmen. Voraussetzung für die Zulässigkeit ist jedoch immer, dass das Thema der Veranstaltung innerhalb der kommunalen Zuständigkeit liegt, dass nur ein überschaubarer Personenkreis persönlich eingeladen ist und dass jede Störung des Dienstbetriebes im Rathaus ausgeschlossen werden kann.
Diese Voraussetzungen müssen kumulativ vorliegen. Andernfalls wären derartige Veranstaltungen nach den Kriterien des Stadtratsbeschlusses unzulässig.
Herr Stadtrat Benker führt in seinem Schreiben vom 24.11.2010 hierzu aus: „Die Themen solcher Veranstaltungen haben grundsätzlich einen kommunalpolitischen Bezug. In der letzten Sitzung vom 10.10.2010 wurde z.B. neben den Berichten aus den Gremien (auch aus der Stadtratsfraktion) das Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen" diskutiert, zu dem auch Frau Stadträtin Koller im Rahmen von Stadtratsanträgen und Veranstaltungen aktiv gewesen ist. Außerdem wurde auch im Rahmen der Tagesordnung (TOP 2) für die Bundesdelegiertenkonferenz rege zum Politikfeld „Atomenergie" und „Demokratie braucht starke Kommunen" diskutiert. In der Regel nehmen immer Stadträtinnen und Stadträte an solchen Sitzungen teil, was sich aus der Einladung zu Top 3 ergibt. Natürlich ist es aber auch schon vorgekommen, dass durch terminliche Überschneidun-

gen keine Stadträtin/Stadtrat teilnehmen konnte. In solchen Situationen wird der Informationsaustausch und die Diskussion von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern begleitet."

Frage 4:
Inwieweit wird diese Möglichkeit auch von anderen Fraktionen und Gruppierungen genutzt?
a) Wenn ja, seit wann und wie häufig?

Antwort:
Mir ist nichts bekannt, dass andere Fraktionen ihre Fraktionsräume für Kreisversammlungen oder andere gleichartige Veranstaltungen nutzen. Auch die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen haben Versammlungen des Kreisverbands München-Land in ihren Fraktionsräumen nicht mehr veranstaltet. Eine entsprechende Ankündigung auf der Homepage ist ebenfalls nicht mehr erschienen.
Ich habe bereits in meinem Schreiben vom 08.12.2010 an Herrn Stadtrat Benker angekündigt, für die unzulässige Nutzung der Fraktionsräume in der Vergangenheit ein ortsübliches Nutzungsentgelt zu verlangen.

„Nach der Arbeit steig`i mit die Ski, in die U-Bahn und begeb´mi, nicht nach Schladming – sondern nach Fröttmaning."

Was haben die Prüfungen zum Skiberg ergeben?
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Mario Schmidbauer (CSU) vom 3.12.2010

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Der Umweltschutzausschuss hat in seiner Sitzung vom 04.05.2010 das Referat für Gesundheit und Umwelt mit der Beantwortung einiger Fragen bezüglich eines befristeten Skibetriebs auf dem Fröttmaninger Müllberg beauftragt." Sie bitten um Mitteilung des Sachstands.

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich wie folgt:

Frage 1:
Was haben die Prüfungen zum Auftrag vom 04.05.2010 bisher ergeben?

Antwort:
Zur Klärung der in diesem Auftrag gestellten Fragen fand am 21.06.2010 ein Behördengespräch unter Beteiligung des Wasserwirtschaftsamts München (WWA), des Baureferats, der Münchner Stadtentwässerung, des Gewerbeaufsichtsamts, des Referates für Stadtplanung und Bauordnung und der Regierung von Oberbayern statt.

Zur entscheidenden Frage, ob die Ablehnung der staatlichen Behörden durch eine Befristung der Nutzungsdauer ausgeräumt werden kann, äußerte sich das WWA insoweit, dass es für einen mehrjährigen Betrieb die Zustimmung nur erteilen könne, wenn das abwasserrechtliche Minimierungsgebot eingehalten werde. Eine künstliche Beschneiung dürfe zu keinem zusätzlichen Sickerwassereintrag führen. Hierzu müsse der Antragsteller ein entsprechendes Entwässerungskonzept vorlegen.

Frage 2:
Wie lange wird es noch bis zu einer endgültigen Beantwortung dauern?

Antwort:
In einem weiteren Gespräch im Referat für Gesundheit und Umwelt am 27.07.2010 haben wir den Vertretern des Fröttmaninger Skiarena e.V. die Ergebnisse des Abstimmungsgesprächs präsentiert und die Notwendigkeit der Vorlage eines fachgerechten wasserrechtlichen Antrags mit gutachterlicher Ausarbeitung durch ein Ingenieurbüro erläutert. Der Verein hat angekündigt, die offenen Fragen und die Finanzierung zu klären.

Angesichts der umfangreichen Anforderungen an ein detailliertes Konzept war allen Beteiligten klar, dass mit einem Skibetrieb erst in der Saison 2011/2012 begonnen werden könnte.

Im letzten Gespräch mit den Vertretern des Fröttmaninger Skiarena e.V. am 07.10.2010, an dem auch ein vom Verein beauftragter Planer teilnahm, wurden die Fragen nochmals detailliert erörtert.

Unseren Informationen zufolge ist der Antrag durch das Planungsbüro gegenwärtig in Bearbeitung.

Nach Vorliegen eines detaillierten Antragskonzepts und Erörterung der wesentlichen Fragen wird das Referat für Gesundheit und Umwelt dem Stadtrat abschließend berichten.

Langsames Sterben der Verkaufskioske für MVV-Tickets oder wo bekomme ich noch eine Streifenkarte?
Anfrage Stadträte Dr. Reinhold Babor und Manuel Pretzl (CSU) vom 8.12.2010

Antwort Referat für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 08.12.2010 hinterfragen Sie die Zukunft der MVV-Verkaufsstellen.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Frage 1:
Wie viele Verkaufsstellen für Fahrkarten gibt es noch? Wie viele gab es noch vor 5 Jahren?

Antwort der MVG:
Die MVG betreut derzeit (Stand: Dezember 2010) 153 private Verkaufsstellen. Im Vergleichsjahr 2005 wurden 175 Verkaufsstellen im Bedienungsgebiet gelistet. Im gleichen Zeitraum wurde die Anzahl der stationären Fahrkartenautomaten von 605 auf 630 erhöht und die Anzahl der Abonnenten ist zwischen 2005 und 2010 von 155.000 auf 200.000 Kunden gestiegen. Dies hat zwangsläufig zur Folge, dass ein deutlich geringerer Umsatzanteil bei den Verkaufsstellen entsteht.

Trotz der Reduzierung der privaten Verkaufsstellen bietet die MVG ihren Fahrgästen ein umfassendes Vertriebsnetz an. Hierzu gehören 630 Automaten an U-Bahnhöfen und Haltestellen, rund 650 Automaten in den Fahrzeugen von Tram und Bus, 84 Zeitkartenautomaten, drei eigene Kundencenter sowie die erwähnten 153 privaten Verkaufsstellen. Gerade letztere stellen im Vergleich mit ähnlich großen Städten eine überdurchschnittlich hohe Anzahl dar. Dieses Angebot wird den Ansprüchen der Kunden an ein leistungsfähiges Vertriebssystem voll gerecht und sichert einen flächendeckenden Zugang zum ÖPNV-Angebot.

Frage 2:
Welchen Umsatz müssen Verkaufsstellen machen, um als rentabel zu gelten?

Antwort der MVG:
Die Verkaufsstellen der MVG verursachen einen erheblichen Teil der Vertriebskosten, die von allen Kunden über die Fahrpreise gedeckt werden müssen. Ziel der MVG ist es, den Verkaufsstellen gegenüber anderen, kostengünstigeren Vertriebswegen langfristig weiterhin einen festen Bestandteil im Vertriebswege-Mix einzuräumen.
Hierbei ist festzustellen, dass variable umsatzabhängige Provisionen für die Verkaufsstelleninhaber lediglich einen Teil der Kosten darstellen. Tatsächlich verursacht der Verkaufsstellenbetrieb beachtliche Fixkosten durch die Verkaufsgeräte und die Verkaufsstellenlogistik (Versorgung mit Fahrkarten und sonstigem Material, Verkaufsstellenabrechnung, Hintergrundsysteme etc.). Deshalb achtet die MVG auf eine gute Auslastung ihrer Einrichtungen, um das Verhältnis von Kosten und Umsatz in einem vertretbaren Rahmen zu wahren.
Pauschale Aussagen zu einer „Rentabilitätsschwelle" können nicht gegeben werden, da Standortentscheidungen angesichts der sehr heterogenen Vertriebsstruktur im MVG-Netz stets einzelfallbezogen erfolgen müssen. Es ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, dass ein Verkehrsunternehmen, das mehr denn je wirtschaftliches Handeln in den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellen muss, Standorte mit dauerhaft sehr niedrigen Umsätzen auf den Prüfstand stellt – beispielsweise bei Betreiberwechseln und wenn diese Standorte für den Systemzugang zum ÖPNV entbehrt werden können.

Frage 3:
An welchen Kriterien orientiert sich die MVG bei der Beibehaltung bzw. Zulassung von Verkaufsstellen?

Antwort der MVG:
Im Interesse aller Fahrgäste, die als Kernleistung eine Verkehrsbedienung mit einem möglichst dichten Angebot einfordern, müssen die Kosten des Vertriebs niedrig gehalten werden. Die Vergabekriterien für Verkaufsstellen orientieren sich konkret an dem zu erwartenden Umsatz, aber ebenso an der Versorgungsdichte mit Verkaufsstellen im Stadtbezirk, dem Einzugsbereich und der Linienbedienung von Haltestellen sowie an der Existenz alternativer Vertriebskanäle, insbesondere stationärer Fahrkartenautomaten. Bevorzugt werden deshalb Standorte, die sich im Umfeld wichtiger Haltestellen, etwa in Stadtteilzentren und/oder an Verknüpfungspunkten des ÖPNV befinden. Aus Gründen einer gleichmäßigen Verkaufsstellendichte im Bedienungsgebiet können auch Verkaufsstellenbewerber in we-

niger exponierten Lagen zum Zuge kommen. Die Entscheidung über die Vergabe erfolgt hierbei stets einzelfallbezogen.

Frage 4:
Anlass dieser erneuten Anfrage ist die Schließung o.g. Verkaufsstelle. Was war hier der konkrete Grund, dieses Dienstleistungsangebot vor Ort zu streichen?

Antwort der MVG:
Die Verkaufsstelle in der Fasangartenstraße 99 wurde im September 2006 im Zuge einer Nachfolgeregelung mit der Maßgabe eingerichtet, dass für einen dauerhaften Erhalt des Standorts eine Steigerung der Umsätze erreicht werden müsse. Hierzu wurde der Vertrag zunächst auf ein Jahr befristet. Trotz der weiterhin geringen Umsätze im abgeschlossenen Vertragszeitraum wurde der befristete Vertrag im Oktober 2007, im Oktober 2008 und nochmals im Oktober 2009 um jeweils ein weiteres Jahr verlängert. Auch über den eingeräumten langen Zeitraum wurden dauerhaft nur sehr geringe Umsätze mit durchschnittlich weniger als 500 verkauften Fahrkarten pro Monat erwirtschaftet. Selbst bei wohlwollender Betrachtung rechtfertigte dies keine Verlängerung des Vertragsverhältnisses über die bestehenden Verpflichtungen hinaus. Entsprechend wurde der Verkaufsstelleninhaberin bereits frühzeitig im Januar 2010 mitgeteilt, dass die MVG den Verkaufsstellenbetrieb über den 29.10.2010 (Vertragsende) hinaus nicht aufrecht erhalten wird.

Frage 5:
Ist die MVG gewillt, diese Verkaufsstelle wieder einzurichten?

Antwort der MVG:
Im Bereich Fasangarten besteht mit der Verkaufsstelle im HIT-Markt, den Kaufmöglichkeiten in den Fahrzeugen sowie zusätzlich an den Bahnsteigen der S-Bahn mit den Automaten der DB Regio eine ausreichende Versorgungsmöglichkeit mit allen gängigen Fahrkarten. Die MVG bittet deshalb um Verständnis, das angesichts der örtlichen Verhältnisse den Forderungen nach Wiedereinrichtung eine Absage erteilen werden muss.

Antwort:
Das RAW schließt sich den Ausführungen der MVG an und bittet gleichzeitig um Verständnis für deren Sichtweise, die von dem Gedanken getragen ist, einen möglichst guten Service zu bieten, die aber andererseits verständlicherweise einer wirtschaftlichen Handlungsweise verpflichtet ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 18. Januar 2011

Freistaat soll Zulage für erschwerten Parteiverkehr (ZEP) weiterhin ermöglichen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Horst Lischka, Bettina Messinger und Irene Schmitt (SPD)

Neue Werkswohnungen I:
Betriebe und Unternehmen der öffentlichen Hand
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Andreas Lotte, Alexander Reissl, Helmut Schmid, Claudia Tausend und Beatrix Zurek (SPD)

Neue Werkswohnungen II:
Mittelständische und große Privatunternehmen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Andreas Lotte, Alexander Reissl, Helmut Schmid, Claudia Tausend und Beatrix Zurek (SPD)

Statt Zivildienst künftig Bundesfreiwilligendienst für alle Generationen
Antrag Stadträtin Eva Caim (CSU)

Bessere Orientierung bei U-Bahnstationen – jetzt Nägel mit Köpfen machen
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Keine Billigtarif-Tochter bei der SWM/MVG!
Antrag Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Billiglöhne bei der SWM/MVG – Ist das die Zukunft?
Anfrage Stadtrat Orhan Akman (Die Linke)

Hochglanz-Broschüren „U-Bahnhöfe München“
Anfrage Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Amlong
Stadtrat
Bettina Messinger
Stadträtin
Horst Lischka
Stadtrat
Irene Schmitt
Stadträtin

München, 18. Januar 2011

Freistaat soll Zulage für erschwerten Parteiverkehr (ZEP) weiterhin ermöglichen

Antrag

Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich an den Freistaat Bayern und die kommunalen Spitzenverbände zu wenden mit der dringenden Bitte, im neuen bayerischen Besoldungsrecht für Beamtinnen und Beamte eine rechtliche Grundlage bzw. Sonderklausel einzuführen, die den bayerischen Kommunen eine Sonderzulage für erschwerten Parteienverkehr (ZEP) ermöglicht.

Begründung:

Seit 1992 zahlt die Landeshauptstadt München Tarifbeschäftigten des Verwaltungsdienstes sowie Beamtinnen und Beamten in bestimmten Bereichen des Kreisverwaltungsreferats und des Sozialreferats eine Zulage für erschwerten Parteienverkehr (ZEP) in Höhe von 76,69 Euro pro Monat. Durch das Inkrafttreten des neuen Beamtenrechts im Freistaat Bayern zum 1. Januar 2011 entfällt leider jegliche mögliche Rechtsgrundlage für die weitere Auszahlung der ZEP an Beamtinnen und Beamte. Die Landeshauptstadt München darf die ZEP an die in München derzeit 538 Betroffenen ab sofort nicht mehr auszahlen. Tarifbeschäftigte erhalten die Zulage auch weiterhin – das neue Gesetz gilt nur für Beamtinnen und Beamte.

Die Stadt München soll und will hingegen die hervorragende, engagierte Arbeit auch von Beamtinnen und Beamten im erschwerten Parteienverkehr auch künftig honorieren. Leider sind ihr hier die Hände gebunden. Es darf nicht so bleiben, dass der Stadt eine freiwillige Leistung durch den Freistaat Bayern verboten wird.

Christian Amlong Stadtrat	Bettina Messinger Stadträtin	Horst Lischka Stadtrat	Irene Schmitt Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Andreas Lotte
Stadtrat

Helmut Schmid
Stadtrat

Christian Amlong
Stadtrat

Claudia Tausend
Stadträtin

Beatrix Zurek
Stadträtin

18. Januar 2011
AT_Werkswohnungen-I_oeff_Hand_2011_01_17.odt

Neue Werkswohnungen I:
Betriebe und Unternehmen der öffentlichen Hand

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Errichtung und den Betrieb von Werkswohnungen in München mit den Betrieben und Unternehmen der öffentlichen Hand zu prüfen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind dabei aufgrund ihrer Sach- und Fachkenntnisse mit einzubeziehen. Etwaige Möglichkeiten zur Kooperation sind zu erarbeiten. Dabei sind auch spezielle Modelle für Auszubildende zu entwickeln. Entsprechende Vorschläge und Konzepte werden dem Stadtrat vorgelegt.

Begründung:

Werkswohnungen hatten einstmals eine lange und große Tradition in München. Leider haben jedoch viele Firmen ihre Wohnungsbestände veräußert. Angesichts der Engpässe auf dem Wohnungsmarkt sowie der Prognosen einerseits, der Leistungsfähigkeit, aber auch der Verantwortung Betriebe und Unternehmen der öffentlichen Hand gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie ihren Auszubildenden andererseits, sollten diese nun ein Engagement beim Bau und Betrieb von eigenen Werkswohnungen prüfen.

Dies soll durch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, GWG, Gewofag und Heimag unterstützt werden. Sie haben die entsprechenden Erfahrung beim Bau von Wohnungen in München, insbesondere im geförderten Wohnungsbau.

gez.	gez.	gez.
Alexander Reissl Stadtrat	Helmut Schmid Stadtrat	Claudia Tausend Stadträtin
gez.	gez.	gez.
Andreas Lotte Stadtrat	Christian Amlong Stadtrat	Beatrix Zurek Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Stadtrat

Andreas Lotte
Stadtrat

Helmut Schmid
Stadtrat

Christian Amlong
Stadtrat

Claudia Tausend
Stadträtin

Beatrix Zurek
Stadträtin

18. Januar 2011
AT_Werkswohnungen-II_Unternehmen_2011_01_17.odt

Neue Werkswohnungen II:
Mittelständische und große Privatunternehmen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, Kooperationsmöglichkeiten zwischen den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und mittelständischen sowie großen Privatunternehmen für die Errichtung und den Betrieb von Werkswohnungen zu prüfen. Entsprechende Vorschläge und Konzepte sind dem Stadtrat darzustellen.

Begründung:

Verschiedene Münchner Unternehmen haben sowohl das nötige Verantwortungsbewusstsein gegenüber den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch die finanziellen Möglichkeiten, jedoch nicht das nötige Sach- und Fachwissen, um eigene Werkswohnungen zu errichten oder zu betreiben. Daher sollen entsprechende Kooperationsmöglichkeiten mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, GWG, Gewofag und Heimag geprüft werden.

Leider haben zwischenzeitlich viele Münchner Unternehmen ihre eigenen Wohnungsbestände veräußerst. Werkswohnungen hatten in München einstmals eine lange und große Tradition, die sich auf den Wohnungsmarkt positiv ausgewirkt hat.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben die entsprechenden Erfahrung bei der Fertigstellung und beim Verwalten von Wohnungen in München, insbesondere im geförderten Wohnungsbau. Sie könnten mittelständischen und privaten Unternehmen Kooperationsmodelle zum Bau und Betrieb von Werkswohnungen anbieten. Eine Möglichkeit könnte zum Beispiel das Anbieten von Belegungsrechten für Werkswohnungen gegen Entgelt sein.

gez.	gez.	gez.
Alexander Reissl Stadtrat	Helmut Schmid Stadtrat	Claudia Tausend Stadträtin
gez.	gez.	gez.
Andreas Lotte Stadtrat	Christian Amlong Stadtrat	Beatrix Zurek Satdträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Eva Caim

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
18.01.11

Statt Zivildienst künftig Bundesfreiwilligendienst für alle Generationen

Dem Stadtrat wird ein Konzept für München, über alle betroffenen Referate hinweg, zum künftigen Bundesfreiwilligendienst vorgestellt.
Insbesondere wird auf die Einsatzstellen, die generelle und individuelle Finanzierung, die geforderte Qualifizierung usw. eingegangen. Ein Ziel muss sein, dass innerhalb der Stadtverwaltung ein Ansprechpartner für alle Generationen zur Verfügung steht.

Begründung:
Der Wehrdienst wird ausgesetzt und damit auch der Zivildienst. München ist dabei als Leistungsträger wie auch als Leistungserbringer im Sozial-, Pflege-, Behinderten- und Krankenversorgungsbereich, aber auch im Bereich der Kultur, der Umwelt, des Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes betroffen. Die Folgen des Wegfalls des Zivildienstes sollen die Bürgerinnen und Bürger wenig zu spüren bekommen. Deshalb wird ein Bundesfreiwilligendienst eingeführt, der die bisherige Funktion des Zivildienstes übernehmen soll. Dabei müssen insbesondere die Übergänge vom Zivildienst zum Freiwilligendienst im Auge behalten werden. Es wird spannend sein, ob dieser Dienst von jungen und älteren Menschen nachhaltig angenommen wird. Deshalb sind die Rahmenbedingungen für den künftigen Freiwilligendienst dem Stadtrat und der Öffentlichkeit darzustellen. Es wird auch auf die persönliche und kommunale Finanzierung des Dienstes sowie auf den Bedarf der Qualifizierung eingegangen. Des Weiteren sollen mögliche Kollisionen mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und Abgrenzungen zum Bürgerschaftlichen Engagement dargestellt werden.

gez.
Eva Caim
Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;
email: csu-fraktion@muenchen.de wzim.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
18.01.11

Bessere Orientierung bei U-Bahnstationen – jetzt Nägel mit Köpfen machen

Der Stadtrat möge beschließen:

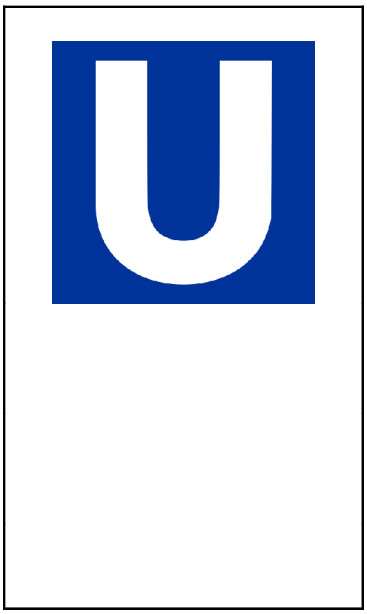
Die Stadt München führt mit Blick auf die neue Offenheit von SWM/MVG in puncto besserer Orientierung bei U-Bahnstationen /1/ mit Unterstützung der Münchner Medien eine Aktion durch, bei der Bürger ihre Vorschläge zur Verbesserung der Orientierung bei Münchner U-Bahnstationen einreichen können. Diese Vorschläge werden dem Stadtrat mit einem Entscheidungsvorschlag vorgestellt.

In diesem Zusammenhang werden auch folgende Vorschläge aufgegriffen:

- Die neue Ausgangskennzeichnung der SWM/MVG („A“, „B“, „C“ usf.) wird auch an der Oberfläche unter dem U-Logo gut lesbar angebracht.

- München passt sich endlich den Erfahrungen anderer Metropolen an und greift frühere Bürgerversammlungsempfehlungen sowie BA- und Stadtratsanträge auf und kennzeichnet an der Oberfläche die U-Bahnstationen deutlich lesbar mit ihrem Namen (z.B. Josephsburg).

Alt:



Neu:

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de
www.georg-kronawitter.de

Begründung:
Bekanntlich prallten an SWM/MVG in den vergangenen 15 Jahren alle Versuche ab, am Stationsbezeichnungssystem der Münchner U-Bahn irgendetwas zu verbessern. Der Hinweis z. B. , dass andere Metropolen wie Berlin sich nicht zu schade sind, an der Oberfläche von U- und S-Bahnstationen auch den Stationsnamen auszuweisen, stieß in München bei den Verantwortlichen auf Granit. Möglicherweise bewirkt die Olympia-2018-Bewerbung hier ein Umdenken – im Interesse der Nutzer und Touristen wäre es zu wünschen.

Eine „Schwalbe“ könnte die Ankündigung sein, bei allen Münchner U-Bahnstationen die Stationsausgänge zu kennzeichnen. Dass diese MVG-„Schwalbe“ vielleicht doch einen Sommer bringt, soll dieser Antrag bewirken. Und viele würden sich über eine Umsetzung freuen.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Quellen:
/1/ MVG Januar 2011:

.

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 18.01.2011

Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung am 26.01.2011: **Keine Billigtarif-Tochter bei der SWM/MVG!**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem aktuellen Vorhaben der SWM eine Tochtergesellschaft im öffentlichen Nahverkehr zu gründen, wird nicht zugestimmt.
2. Die bereits eingeleiteten Maßnahmen durch die Geschäftsführung der SWM sind sofort zu stoppen beziehungsweise rückgängig zu machen.
3. Der Stadtrat und vor allem OB Ude, als Vorsitzender des Aufsichtsrats der SWM, setzen sich dafür ein, dass bei der MVG keine Leiharbeiter mehr eingesetzt werden, sondern Beschäftigte eine reguläre Anstellung zu den üblichen Konditionen bei den SWM/MVG bekommen.
4. Über den Stand der Umsetzung wird dem Stadtrat berichtet.

Begründung:

Aus aktuellem Anlass scheint dieser Beschluss dringend geboten. Die SWM hat bereits Vorbereitungen zur Gründung einer Billiglohn-Tochter getroffen und so, am Stadtrat vorbei, Fakten geschaffen. Der Stadtrat muss sich nun klar positionieren, um weiteren Spekulationen und Vorbereitungen Einhalt zu gebieten. Der Stadtrat darf sich nicht von den SWM auf der Nase rumtanzen lassen.

Mit der Gründung einer Billiglohn-Tochtergesellschaft im Bereich der Verkehrsbetriebe und die Zahlung von Niedriglöhnen können die Beschäftigten sich eine gesicherte Existenzgrundlage nicht mehr selbst erwirtschaften, zumal München von den Mieten bis zu den Lebenshaltungskosten eine teure Stadt ist. So kann es dazu kommen, dass sich die Beschäftigten das Leben in München nicht mehr leisten können und „abwandern“, so wie es bei den städtischen Erzieher/innen der Fall war.

Die Gründung einer Billiglohn-Tochter schafft zudem eine Konkurrenz zwischen den

Busfahrern bei der MVG und denen der neugegründeten Tochter. Die Tochtergesellschaft kann bei Lohnkämpfen als Druckmittel verwendet werden. Die Löhne der Beschäftigten können so mittelfristig gedrückt werden. Deshalb muss das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ aufrechterhalten werden.

Auch kann die Gründung einer Billiglohn-Tochter im Bereich der Verkehrsbetriebe einen Präzedenzfall schaffen. Künftig könnten weitere kommunale Betriebe folgen, was die Tarifbindung und gute Arbeit aller städtischen Beschäftigten gefährdet.

Das Teilen der Beschäftigten bei den SWM nach Stamm- und Randbelegschaft kann und darf nicht durch den Stadtrat geduldet bzw. gebilligt werden.

Die Stadt hat als Kommune die Versorgung der Bürger mit bestimmten Gütern zu gewährleisten. Dazu zählt beispielsweise die Bereitstellung von Infrastruktur, kulturellen Angeboten und bezahlbaren Wohnraum. Zu diesen Gütern muss sie einen gerechten und sozialen Zugang schaffen, der alle Bürger einschließt.

Ähnlich verhält es sich mit den Aufgaben der Kommune als Arbeitgeber. Kommunale Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften müssen gute und gerechte Arbeitsbedingungen gewährleisten. Dabei nehmen sie auch für privatwirtschaftliche Unternehmen eine Vorbildrolle ein.

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN***.***

DIE LINKE.
... mit links für ein solidarisches München

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 18.01.2011

Anfrage: Billiglöhne bei der SWM/MVG Ist das die Zukunft?

rei nach dem otto „wir sind nicht das erste nternehmen, das das macht“ (MVG-Chef Herbert König) beschäftigen die MVG seit vorigem Jahr 35 Leiharbeiter als Fahrer. Jetzt sollen weitere 55 Leiharbeiter in dem Verkehrsbetrieb eingesetzt werden. Mit der Umgehung des gültigen Tarifvertrages betreiben die SWM nicht nur Lohn-Dumping, sondern wollen jetzt auch eine Tochtergesellschaft gründen, um die Tarifverträge dauerhaft nach unten zu schrauben, sprich neue Fahrer sollen in der neuen Tochtergesellschaft zu niedrigeren Löhnen beschäftigt werden.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die folgenden Fragen:

1. Bis zu welchem Datum soll die Tochtergesellschaft gegründet werden?
2. Warum hat die SWM nicht erst die Gründung einer Tochtergesellschaft vorangetrieben, sondern Fakten (Leiharbeit) geschaffen, bevor der Stadtrat sich mit dem Thema auseinandersetzen konnte?
3. Was meint de, wenn er on der Leiharbeit als „ bergangslösung“ spricht Welcher Zeitraum ist mit Übergang gemeint?
4. Die MVG wollen durch die Gründung der Tochtergesellschaft 17% der Lohnkosten sparen. Wie stellt sich die Lohnkostensenkung konkret dar (bitte eine Grafik mit Zahlen)?
5. Welche Faktoren tragen neben den Personalkosten noch zur sinkenden konkurrenzfähig der MVG bei?
6. Wie stellen sich die Personalkosten der MVG im Vergleich mit den Stuttgarter Verkehrsbetrieben dar?
7. Wurden Leiharbeit und Gesellschaftsgründung im Aufsichtsrat bereits thematisiert?
8. Warum informierte OB Ude als Vorsitzender des Aufsichtsrats nicht den Stadtrat über das Vorhaben und schiebt stattdessen die Schuld auf den Geschäftsführer der MVG

und SWM (s. Rathausumschau vom 13.01.2011)?

9. Warum missachtet die SWM zunehmend den ehrenamtlichen Stadtrat und versucht an diesem orbei zu „regieren“ Wie lange will der OB dies noch hinnehmen?

Bitte beantworten Sie die Fragen möglichst bis zur Vollversammlung am 26.01.2011, da bereits ein Antrag zur dringlichen Behandlung eingereicht wurde.

Orhan Akman

Stadtrat der LINKEN.

Richard Progl

Stadtrat in München

Rathaus, Zimmer 174

An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

14. Januar 2011

<u>Anfrage:</u> Hochglanz-Broschüren „U-Bahnhöfe München“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Dezember 2010 erschien die Dokumentationsbroschüre „U-Bahnhöfe München 1997 – 2010“. Darin wird auf 52 Seiten die U-Bahnarchitektur aus dieser Zeit in Bild und mit Begleittexten erläutert. Die Auflage der Broschüre beträgt 3000 Stück.

Die hier behandelte Broschüre ist nur eines von vielen Beispielen, die mutmaßlich nur der Selbstdarstellung der Landeshauptstadt dienen sollen. Ein nachhaltiges Ziel ist dabei meist nicht erkennbar.

Ich <u>frage</u> hierzu den Herrn Oberbürgermeister:

1. Mit welchem Ziel wurde die Broschüre in Auftrag gegeben?

2. An wen wurden die Broschüren ausgeben und welchen Effekt erhofft sich Landeshauptstadt mit der Überreichung dieser Broschüre?

3. Wie hoch waren die Druckkosten, die Kosten für die Fotografien und die Textgestaltung und Recherche für diese Broschüre?

Ich bedanke mich bereits jetzt für die Beantwortung dieser Fragen.

Richard Progl
ehrenamtlicher Stadtrat